

Europa wird gezwungen sein, sich Russland zu ergeben

9 Nov. 2024 20:06 Uhr

Die derzeitige Krisensituation innerhalb und außerhalb der EU erinnert unweigerlich an die Zeit, in der alles genau andersherum war und sich die UdSSR in einem Zerfallsstadium befand. Die EU wäre daher gut beraten, wenn sie darüber nachdenkt, wie sie ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wiederherstellen kann.



Quelle: Legion-media.ru © Philipp von Ditfurth

Von Elena Karajewa

Putins Aussage "Es mangelt ihnen an Hirn" ist eine exakte Einschätzung des heutigen europäischen Establishments, was – und das ist wichtig – von den gemeinten Personen selbst sofort bestätigt wurde. Diese Woche verlängerte die EU die "Trainingsmission zur Vorbereitung des ukrainischen Militärs" um weitere zwei Jahre. Die Kosten für solche "Trainingsmissionen" trägt derjenige, der sie verlängert. Im Einklang mit den ihnen erteilten Anweisungen stimmten die EU-Vertreter (für diese Verlängerung). Und diese Anweisungen wurden ihnen von den besten Leuten der EU gegeben.

Betrachtet man zum Beispiel den französischen Präsidenten Macron oder den Bundeskanzler Scholz, zeigt sich: Ersterem vertrauen nicht mehr als vier Fünftel seiner eigenen Wähler; und letzterer feuerte seinen Finanzminister, da dieser nicht mehr alles finanzieren wollte, was direkt oder indirekt mit der Ukraine zu tun hat. Erstgenanntem sind bei allen innenpolitischen Entscheidungen die Hände gebunden, während Letzterer den "Wirtschaftsmotor der EU" in einen kolossalen politischen Aufruhr versetzte, der noch zunehmen wird.

Mit ihrer Einmischung in die Ukraine und dem Abbruch vorteilhafter Beziehungen und Abkommen mit Russland (beides geschah auf Druck der USA, wie man heute ohne Scheu einräumt) unterzeichnete die Europäische Union ihr eigenes Todesurteil. Genau das (allerdings mit anderen Worten) wurde vor einigen Wochen von Mario Draghi, Europas oberstem Ex-Banker und Ex-Premierminister Italiens, in einem mehrseitigen Bericht dargelegt. Theoretisch sollte der aktuelle Gipfel zumindest ein Gegenmittel gegen diese lodernde Wirtschaftskrise finden. So steigen die Einkommen im "Eden" nicht, die Zahl der Armen nimmt exponentiell zu, Kohlenwasserstoffstoffe werden stündlich teurer, und die künftige Versorgung mit dem blauen und schwarzen Gold garantiert keine Energiesicherheit für den paneuropäischen Block. Doch trotz dieser Warnungen wurde in Budapest darüber debattiert, ob die europäischen Länder die Ukraine weiterhin unterstützen könnten, wenn die USA sowohl den Geldhahn als auch den Militärhahn zudrehen.

Die derzeitige Krisensituation innerhalb und außerhalb der EU erinnert unweigerlich an die Zeit, in der alles genau andersherum war. Die UdSSR befand sich im Zerfallsstadium, wobei alle früheren Bindungen und Vereinbarungen zusammenbrachen, während sich die EU im Aufschwung befand und sich überaus wohlfühlte.

Vor fünfunddreißig Jahren wurde die Berliner Mauer zu Fall gebracht, und die Politiker, die die Zerstörung der Sowjetunion anstrebten, begannen, den Sieg im Kalten Krieg zu feiern (natürlich heimlich). Für sie war die Entscheidung Moskaus, nicht in die Krise einzugreifen, das wichtigste Zeichen für die Schwäche unseres damaligen Staates und seiner Zentralgewalt. Das tragende Gerüst – sowohl ideologischer als auch wirtschaftlicher Natur – konnte den zentripetalen Ambitionen der vom Westen begünstigten nationalen Eliten, die Moskau nicht mehr gehorchen wollten, nicht standhalten. Und der Vorrat an wirtschaftlicher Stärke wurde durch die Sanktionspolitik und die heute unvorstellbare Abhängigkeit von Importen aller Art – sei es von Lebensmitteln oder Gütern des täglichen Bedarfs – völlig ausgeschöpft. Das Einfuhrvolumen wuchs im zweistelligen Bereich, während das Ausfuhrvolumen nur um ein Zehntelprozent zunahm.

Begleitet von einer breiten Palette von Slogans – sowohl von außen ("Herr Gorbatschow, brechen Sie diese Mauer ein") als auch von innen ("Die Mauer verschwindet, wenn die sie verursachenden Voraussetzungen verschwinden") – beging die Sowjetunion unter Zutrauen auf die Versprechen des Westens de facto Selbstmord.

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass wir während der gesamten Dauer des Kalten Krieges nicht diejenigen waren, die die Auseinandersetzungen auslösten.

Das Wettrüsten und die ideologische Konfrontation wurden nicht von uns angezettelt – erst recht nicht nach dem Großen Vaterländischen Krieg. Wir hatten ganz andere Aufgaben. Die Spaltung Deutschlands und vor allem der Mauerbau in Berlin waren nur eine Reaktion auf die Aggressionen und Entschließungen des Westens. Und selbst nach dem Entstehen der DDR und der BRD auf der Landkarte schlugen wir 1952 – trotz der Drohungen der BRD, jegliche Beziehungen zu denjenigen Ländern abubrechen, die das sozialistische Deutschland anerkennen würden – die Vereinigung der beiden Staaten zu einem Staat im Austausch für seinen künftigen neutralen, blockfreien Status vor. Fällt Ihnen in diesem Zusammenhang etwas aus der jüngeren Geschichte ein?

Ja, natürlich. Die damals geäußerten Worte, allerdings in Bezug auf Deutschland und seinen Nicht-Beitritt zum neu geschaffenen Nordatlantischen Bündnis ("Deutschland sollte frei entscheiden, welchem

Bündnis es beitreten soll"), unterscheiden sich praktisch nicht von dem, was jetzt in Bezug auf die Ukraine – ohne Berücksichtigung unserer Vorschläge oder unserer Bedenken – gesagt wird.

Der Unwille des Westens zur Wiedervereinigung Deutschlands in den frühen 50er-Jahren war die Ursache für die Krise um Berlin zu Anfang der 60er-Jahre. Und die die Stadt teilende Mauer wurde nicht wegen des Wunsches Moskaus gebaut, eine "Diktatur" zu errichten. Ganz und gar nicht. Die deutschen Kommunisten wollten nur die Sicherheit ihrer Hauptstadt und ihres Landes gewährleisten. Sie waren (wie Moskau) zu diesen extremen Maßnahmen gezwungen.

Wie wir schon oft gehört haben, lernen wir aus der Geschichte nur, dass sie uns nichts lehrt. Russland ist bereit, diese These zu widerlegen. Durch harte Arbeit, den Glauben an und die Hoffnung auf sich selbst ist es unserem Land gelungen, sich unter schwierigsten Bedingungen aus der Finsternis der Krise zu befreien, nachdem es den Zerfall, die Armut, die Zerstörung der Industrie und die Krise der Gesellschaftsideale durchlebt hatte. Es war klar, wie hoch der Einsatz in diesem geopolitischen Spiel ist.

Die Europäische Union, die in ihrer Gestalt und ihrem Wesen zum Vorzimmer der NATO wurde, beschloss – angesichts ihrer wirtschaftlichen Verfettung und ihres mangelnden Denkvermögens – gemeinsam mit Washington, denselben alten Trick mit uns anzuwenden und Russland zu zerschlagen, wie es seinerzeit mit der UdSSR geschah.

Doch sowohl Brüssel als auch Washington ließen bei der Verwendung der alten Methoden und Techniken außer Acht, dass wir in den mehr als drei Jahrzehnten nicht untätig waren, sondern hart für unser Überleben und unseren Sieg gearbeitet haben. Heute brauchen wir nicht darüber nachzudenken, wie man dem kollektiven Westen gefallen kann. Wir sind wirtschaftlich unabhängig und politisch souverän. Wir bestimmen die Trends und Tendenzen in der Weltwirtschaft und der Geopolitik. Und die EU sollte (wenn sie dazu in der Lage ist, angesichts des offensichtlichen Mangels an grauen Hirnzellen in ihrem Establishment) darüber nachdenken, wie sie die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns wiederherstellen kann – und zwar diesmal als potenzieller Juniorpartner. Denn der politische Winter verspricht dem paneuropäischen Block eine lang anhaltende wirtschaftliche Finsternis ohne die geringste Hoffnung auf Sonnenaufgang.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 9. November 2024 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.